Hansestadt Lüneburg
Die Oberbürgermeisterin

31

06 Bauverwaltung

Neue Sülze 35
Auskunft erteilt
Herr Moll
Telefon Telefax
309 – 3409
Email
Malte.moll@stadt.lueneburg.de
Mein Zeichen Datum
09.12.2024

**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Umwelt, Klima,
Grünflächen und Forsten**

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

Gremium	Sitzung vom:
Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten	**25.09.2024**
Sitzungsort	**Tatsächliche Sitzungsdauer**
Huldigungssaal, Rathaus	**16:00 - 18:30 Uhr**

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzender	Dezernentin	Protokollführung
Gros	Gundermann	Moll

ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz	
Herr Eckhard Pols	
Herr Jörn-Christian Manzke	Vertretung für: Herrn Ralf Gros
Mitglieder des Gremiums	
Herr Ulrich Blanck	
Herr Keno Freund	
Frau Antje Henze	Vertretung für: Frau Carmen Maria Bendorf
Herr Kai Herzog	
Herr Uwe Nehring	
Herr Patrick Schulze	
Grundmandat	
Herr Dirk Neumann	
Beratende Mitglieder	
Herr Sascha Rhein Kleingärtner-Bezirksverband e.V.	
Herr Arnold Spliesgar	
Herr Karl Wurm	
Verwaltung	
Frau Heike Gundermann Stadtbaurätin	
Herr Markus Moßmann Erster Stadtrat	
Frau Uta Hesebeck FBL 7	
Frau Constanze Keuter BL 74	
Frau Pia Wiebe BL 34	
Protokollführung	
Herr Malte Moll , 06-01	

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

1	**Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2	**Feststellung der Tagesordnung**
3	**Genehmigung des Protokolls vom 05.08.2024**
4	**Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
5	**Einwohnendenfragen**
6	**Vorstellung des Umsetzungskonzeptes für eine Freiflächen-Photovoltaik-Anlage auf Flächen im Eigentum der Hansestadt Lüneburg (Schwarzer Berg - A39)** **Vorlage: VO/10841/23-2**
7	**2. Lesung zur Gehölzschutzsatzung** **Vorlage: VO/11232/24-1**
8	**Spielen und Verweilen in der Stadt - Ergebnisse aus der Machbarkeitsstudie** **Vorlage: VO/11439/24**
9	**Klimafonds - Maßnahmen aus 2023/2024** **Vorlage: VO/11437/24**
10	**Anfrage "Grüne Oasen in Lüneburg" (Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.08.2024, eingegangen 08.08.2024, 14:10 Uhr)** **Vorlage: VO/11420/24**
11	**Anfrage "Grüne Oasen 2.0" (Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.09.2024, eingegangen 03.09.2024)** **Vorlage: VO/11457/24**
12	**Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beratungsinhalt:

Der stellvertrende Ausschussvorsitzende, Ratsherr Pols, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 05.08.2024

Beschluss:

Das Protokoll vom 05.08.2024 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 2

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Frau Hesebeck, Fachbereichsleitung Tiefbau und Grün, berichtet, der Antrag der FDP bezüglich der Kreisverkehrsplätze liege bereits in ähnlicher Form als Antrag der CDU aus dem Jahr 2017 vor. Zudem sei der erste Kreisverkehrsplatz an der Stadtkoppel in die Pflege einer externen Firma übergeben worden. Die Lüneburger Firma habe dort ein kleines Werbeschild aufgestellt und pflege den Kreisverkehrsplatz auf eigene Kosten.

zu 5 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

Es werden keine Einwohnendenfragen gestellt.

zu 6 Vorstellung des Umsetzungskonzeptes für eine Freiflächen-Photovoltaik-Anlage auf Flächen im Eigentum der Hansestadt Lüneburg (Schwarzer Berg - A39)
Vorlage: VO/10841/23-2

Beratungsinhalt:

Herr Thorsten Schwarz, Geschäftsführer der Firma wir.solar, stellt das beauftragte Umsetzungskonzept für mögliche Freiflächenanlagen mit Photovoltaik vor. Die beiden geeigneten, genehmigungsfähigen und wirtschaftlichen Flächen seien an der A39 und am Schwarzen Berg. Die Fläche am Schwarzen Berg sei größer und dadurch wirtschaftlicher, benötige jedoch einen B-Plan, wodurch die Umsetzung langwieriger sei. Im weiteren Verlauf erläutert Herr Schwarz die rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beider Vorhaben, wobei er insbesondere Gestaltungsmöglichkeiten wie Agri-PV anspricht. Der nächste Schritt bestünde darin, in beiden Fällen einen Konzeptwettbewerb am Markt auszuschreiben, um einen geeigneten Projektentwickler zu finden. Zudem werde die Möglichkeit einer finanziellen Bürgerbeteiligung vorgestellt und empfohlen, wobei diese Überlegungen erst im späterem Verfahren weiter konkretisiert werden müssten.

Erster Stadtrat Moßmann erklärt, dass zunächst die Fläche an der A39 realisiert werden solle und anschließend die am Schwarzen Berg. Er korrigiert die Vorlage dahingehend, dass nicht die Stadt den Landwirt kontaktiert habe, sondern der Landwirt auf die Stadt zugegangen sei. Beim Schwarzen Berg handele es sich um einen Landwirt, mit dem die Stadt bereits im Rahmen der Bauwagensiedlung Wienebüttel in Kontakt stehe. Die genaue Gestaltung, ob das Vorhaben über eine eigene Gesellschaft oder eine reine Verpachtung realisiert werden solle und welche Optionen für welche Fläche sinnvoll wären, werde zu einem späteren Zeitpunkt im Wirtschaftsausschuss entschieden. Aus diesem Grund werde ein differenzierter Beschlussvorschlag vorbereitet.

Ratsherr Blanck unterstreicht, dass beide Flächen und gegebenenfalls auch weitere Flächen für die Nutzung von Photovoltaik in Betracht gezogen werden sollten, da der steigende Bedarf durch die Energiewende, den Umstieg auf Elektromobilität und die Beheizung von Wohngebäuden gedeckt werden müsse. Positiv sei zudem, dass nach der Nutzungsdauer keine gefährlichen Abfälle entstehen würden. Er fragt nach der Berechnung der Eigenkapitalrendite.

Herr Schwarz antwortet, dass alle Berechnungen netto erfolgen würden und erläutert die Kalkulationsparameter: Bei der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung sei eine Einspeisevergütung von 8 Cent pro Kilowattstunde angesetzt. Der Solarertrag sei ermittelt und Abschläge für negative Strombörsenpreise sowie die EEG-Vergütung einbezogen worden. Grundlage seien die Angebote, die zur Umsetzung vorlägen, sowie die bekannten Betriebsführungskosten, die sich auf 5 bis 10 Prozent des nicht vergüteten Stroms beliefen.

Ratsherr Nehring unterstützt das Vorhaben besonders mit Bürgerbeteiligung und fragt, ob die Netzanknüpfung bei beiden Flächen gewährleistet sei und wer die Kosten für die Leitung zum Netzverknüpfungspunkt trägt.

Herr Schwarz erklärt, dass die Kostenträgerschaft beim Vorhabenträger liege. Sollte eine Anlage gebaut werden, müssten die Kosten bis zum Netzverknüpfungspunkt übernommen werden.

Ratsherr Blanck fragt, ob es möglich sei, ein Konstrukt zu finden, um Schulen, Kitas und das Rathaus mit dem erzeugten Strom zu versorgen.

Herr Schwarz bestätigt, dass solche Möglichkeiten bestünden, diese ins Energierecht fielen und wei-

terverfolgt werden sollten. Es könne auch ins Wärmenetz eingespeist werden.

Ratsherr Wurm betont, dass Solarstromanlagen im Außenbereich sinnvoll seien, wenn übrige Flächen genutzt werden. Die Akzeptanz erhöhe sich stark, wenn die Einwohnenden sich beteiligen und finanziell profitieren können. Er plädiere dafür, mit einer kleineren Anlage zu beginnen und primär die Eigennutzung zu verfolgen, da der Effekt bei Selbstnutzung am größten sei.

Herr Schwarz fügt hinzu, dass Wind- und PV-Strom sich gut ergänzen, da die höchste Produktion zu unterschiedlichen Zeiten erfolge.

Ratsherr Herzog schlägt vor, die Eigennutzung der erzeugten Energie in die Vorlage aufzunehmen.

Erster Stadtrat Moßmann ergänzt in der Beschlussvorlage in Absprache mit Herrn Schwarz den Satz „Bei der Entwicklung der Konzepte für beide Flächen soll auch die Nutzung des produzierten Stroms vor Ort geprüft werden.“.

Beschluss:

Der *Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten* empfiehlt dem *Verwaltungsausschuss* einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. für den Zweck der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage die wirtschaftlich und gesellschaftsrechtlich optimale Betriebsform zu identifizieren und durch den Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung vorberaten zu lassen.
2. Gespräche mit dem Eigentümer der benachbarten Flächen an der A39 bezüglich des Kaufs oder Tauschs der benachbarten Flurstücke zu führen und diese bei einer Einigung, in Abhängigkeit von der laufenden Projektentwicklung, zu realisieren.
3. die erforderlichen vergaberechtlichen Schritte für eine technologieoffene Ausschreibung der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage auf der Fläche an der A39 einzuleiten.
4. unter Berücksichtigung des Ergebnisses aus 1. ein umfassendes Konzept zur Entscheidungs- und Leistungsbeteiligung der Bürger:innen zu entwickeln.
5. unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus 1. bis 3. die Realisierung einer Freiflächen-PV-Anlage auf der Fläche „Schwarzer Berg“ vorzubereiten.
6. Bei der Entwicklung der Konzepte für beide Flächen soll auch die Nutzung des produzierten Stroms vor Ort geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 7 2. Lesung zur Gehölzschutzsatzung Vorlage: VO/11232/24-1

Beratungsinhalt:

Frau Keuter, Bereichsleitung Grünplanung und Forsten, gibt einen Rückblick auf den Verlauf seit der Gründung des Arbeitskreises und der ersten Lesung im April 2024. Anschließend stellt sie die kritischen Punkte der Beschlussvorlage vor, darunter den Stammumfang, Gehölzgruppen, baumartige Sträucher und heimische Hecken.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Ratsherr Pols, lässt in fünf separaten Abstimmungen über Änderungen der kritischen Punkte und den Rest der Satzung abstimmen. Er gibt zu Protokoll, dass er im Namen der CDU-Fraktion abgestimmt habe, jedoch bei einigen Punkten persönlich anders ent-

schieden hätte.

Herr Wurm äußert seine Enttäuschung über das Abstimmungsergebnis. Herr Spliesglar schließt sich dieser Enttäuschung an.

Ratsherr Blank weist darauf hin, dass der Naturschutz ein Ziel der niedersächsischen Verfassung sei und der Rat diesem mit derartigen Beschlüssen nicht gerecht werde.

Ratsherr Nehring erklärt, dass die neue Satzung den Umweltschutz fördere. Er habe nur gegen die grundsätzliche Verschärfung gestimmt. Zudem sei es noch unklar, wie die Fraktion im Rat letztlich abstimmen werde.

Herr Rhein unterstützt im Namen der Kleingärtner einen besseren Baumschutz und betont, dass die Kleingartenvereine bei Gartenübergaben selbst Bäume zum Schutz kaufen würden. Besonders der festgelegte Baumumfang von 90 cm sei zu hoch.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Ratsherr Pols, ergänzt, dass Bäume mit einem Umfang von über 90 cm unter bestimmten Bedingungen, etwa bei Gefahr für Leib und Leben, auf Antrag gefällt werden dürften.

Herr Neumann greift die Relativierung von Ratsherr Nehring auf und betont, dass es sich bei den vier kritischen Punkten nicht um eine Verschärfung, sondern um eine Verbesserung handle, da diese Maßnahmen dazu beitrügen, ein Stück Natur in der Stadt zu bewahren und für Temperaturausgleich zu sorgen. Er fordert die SPD und CDU auf, zu ihrer Entscheidung gegen den Schutz zu stehen.

Beschluss:

Der *Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten* empfiehlt dem *Rat* mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

1) Die Gehölzschutzsatzung wird mit Ausnahme des § 3 Abs. 1, Abs. 3, Abs. 4 und Abs. 5 beschlossen.

Folgende Absätze werden einzeln zur Abstimmung gebracht:

2) Für den § 3 Abs. 1 (Stammumfang Bäume) stehen folgende Alternativen zur Wahl
a) Stammumfang bisher 90 cm (alte Baumschutzsatzung)
~~b) Stammumfang neu 70 cm (Vorschlag der AG Baumschutzsatzung)~~

Für den § 3 Abs. 3 (Gehölzgruppen) stehen folgende Alternativen zur Wahl
a) Gehölzgruppen nicht geschützt (alte Baumschutzsatzung)
~~b) Gehölzgruppen geschützt (Vorschlag der AG Baumschutzsatzung)~~

Für den § 3 Abs. 4 (baumartiger Strauch) stehen folgende Alternativen zur Wahl
a) Baumartiger Strauch nicht geschützt (alte Baumschutzsatzung)
~~b) Baumartiger Strauch geschützt (Vorschlag der AG Baumschutzsatzung)~~

Für den § 3 Abs. 5 (heimische Hecken) stehen folgende Alternativen zur Wahl
a) Heimische Hecken bisher nicht geschützt (alte Baumschutzsatzung)
~~b) Heimische Hecken (mind.120 cm hoch und 400 cm breit) geschützt (Vorschlag der AG Baumschutzsatzung)~~

Aus den Abstimmungsergebnissen wird die endgültige Fassung der Gehölzschutzsatzung zur Beschlussfassung für den Verwaltungsausschuss und Rat hervorgehen.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung zu 1)

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Abstimmung zu 2-5)

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 4
Enthaltungen: 0

zu 8 Spielen und Verweilen in der Stadt - Ergebnisse aus der Machbarkeitsstudie Vorlage: VO/11439/24

Beratungsinhalt:

Herr Vogt und Herr Kauder vom Planungsbüro LILASp präsentieren die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie, welche Chancen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt identifiziert wurden. Eine umfassende Umfrage unter den Bürgerinnen und Bürgern habe zu einem Maßnahmenkatalog geführt, der deren Bedürfnisse widerspiegle. Im Rahmen der Studie seien eine Bestandsaufnahme und eine SWOT-Analyse durchgeführt worden. Viele Maßnahmen seien bereits in der Umsetzung durch die Verwaltung. Herr Vogt hebt die hohe Zufriedenheit der Bürger:innen mit den Innenstadtangeboten hervor, merkt aber an, dass es an Verknüpfungen zwischen Orten mit hoher Aufenthaltsqualität und konsumfreien Aufenthaltsmöglichkeiten fehle. Die Innenstadt solle bedarfsgerecht, gemeinwohlorientiert, attraktiv und anziehend, klimaangepasst und ökologisch, inklusiv und für alle, räumlich integriert und eingebunden, smart und einfach zu nutzen sein. Zentrale Maßnahmen umfassen die Verbesserung der Aufenthaltsqualität, die Aufwertung der Parkanlagen, Verknüpfung von Einzelräumen und die Aufarbeitung der Ilmenau-Promenade und die Erhöhung der Bedeutung des Salzes.

Frau Hesebeck ergänzt den Vortag um die aktuellen Projekte der Verwaltung. Der Fokus liege auf der Schaffung von Verweilplätzen, Begrünung, der Bereitstellung öffentlicher, kostenfreier und barrierefreier Toiletten sowie auf Spiel-, Sport- und Bewegungsangeboten. Weitere Grünangebote und Wasserflächen sowie „Lupenräume“ an der Illmenau, dem Schrangenplatz und dem Gebiet zwischen Am Berge und der Zollstraße seien ebenfalls Teil der Konzepte. Für das kommende Jahr seien 50.000 € an Fördermitteln angemeldet. Frau Hesebeck bittet die Politik um eine Rückmeldung, welches Vorhaben aus deren Sicht priorisiert werden sollte. Die Umgestaltung des Schrangenplatzes böte sich an, da die Pacht für den Eispavillon bald abläuft.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 9 Klimafonds - Maßnahmen aus 2023/2024 Vorlage: VO/11437/24

Beratungsinhalt:

Frau Keuter stellt die Klimaanpassungsmaßnahmen für 2023 und 2024 vor und gibt einen Rückblick auf die im Dezember 2023 von Frau Hesebeck präsentierten Maßnahmen. Im Jahr 2023 seien Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen in den Straßen Ziegelkamp und Rotestraße sowie an zwei

Querungen am Ostpreußenring umgesetzt worden. Laufende Projekte umfassen die Entsiegelung an der Neuen Sülze mit einem Pflanzbeet und einer Sitzbank, die Entsiegelung von 140 Quadratmetern im Moorweg sowie eine Mittelinsel bei der Sankt Johannis Kirche zur Abgrenzung des Fahrradverkehrs. Im ländlichen Raum müsse bei weiteren Maßnahmen die Flächensuche für PV-Anlagen abgewartet werden. Es gebe jedoch bereits Maßnahmen wie die bodenschonende Mahd der Nasswiese an der Ordau im Tiergarten. Für dieses Jahr sei geplant, durch Windwurf oder den Borkenkäfer Kalamitätsflächen aufzuforsten und Schattenbäume auf Spielplätzen zu pflanzen. Die Finanzierung erfolge durch den Klimaanpassungsfonds, mit 225.000 € für dieses Jahr und 25.000 € mehr für das nächste Jahr.

Im Rahmen des Förderprojekts „Grün verschafft sich Raum“ seien am Kreideberg rund 350 Quadratmeter entsiegelt worden, mit geplanter Bepflanzung und Möblierung bis Ende Oktober. Der Haupteingang am Waldfriedhof sei ebenfalls entsiegelt worden, und die Bepflanzung erfolgt im Herbst. Insgesamt seien etwa 500 Quadratmeter entsiegelt worden und 30 Grüninseln würden entstehen.

Frau Hesebeck ergänzt, dass bei den entsiegelten Flächen keine offiziellen Parkplätze betroffen seien, sondern Bereiche mit Parkverbot, die illegal genutzt wurden. Man arbeite intensiv mit der Verkehrsbehörde zusammen, um das verbotene Parken zu unterbinden.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 10 Anfrage "Grüne Oasen in Lüneburg" (Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.08.2024, eingegangen 08.08.2024, 14:10 Uhr) Vorlage: VO/11420/24

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 11 Anfrage "Grüne Oasen 2.0" (Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.09.2024, eingegangen 03.09.2024) Vorlage: VO/11457/24

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 12 Anfragen im öffentlichen Teil

Es werden keine Anfragen im öffentlichen Teil gestellt.